

antworten

Auf dem VI. Parteitag der SED wurde dargelegt, daß in der technischen Revolution bei gleichzeitiger Erhöhung des Lebensstandards, weil der Konsumtionsfonds absolut wächst, die Rate der Akkumulation gesteigert werden muß. Doch wird im Jahre 1966 nur eine Akkumulationsrate von 18,8 Prozent geplant, die unter der der letzten Jahre liegt. Welches sind die Ursachen für diese Entwicklung?

Neben der Beseitigung von Disproportionen im Kauf- und Warenfonds, bedingt durch ein überplanmäßiges Anwachsen der Geldeinnahmen der Bevölkerung infolge materieller Stimulierung des Produktionswachstums der Industrie und Landwirtschaft, liegen die wesentlichen Ursachen in der Umbewertung der Grundmittel. In den bisher berechneten Akkumulationsfonds ist in verschleierter Form ein Teil des Ersatzfonds ausgewiesen worden. Nach der Umbewertung der Grundmittel ist deutlich eine Unterbewertung der Anforderungen für den Ersatz der verbrauchten Grundfonds vor Durchführung der Umbewertung zutage getreten, so daß folglich ein Teil des Akkumulationsfonds für die einfache Reproduktion verwendet wurde. Der realere Ausweis des Ersatzfonds verursachte also diese sinkende Tendenz der Akkumulationsrate. Die Zielsetzung des VI. Parteitages ist aber nach wie vor gültig und gebrauchswertmäßig diese Rate der Akkumulation noch erreichbar, obwohl sich wertmäßig nach Umbewertung der Grundmittel und Durchführung der Industriepreisreform bestimmte Veränderungen ergeben, da die Rate der Akkumulation nur über effektive Preise geplant werden kann.

H. Schmidt,
Institut für Politische Ökonomie

Welche Universitätsangehörigen betrifft die 45-Stunden-Woche und die 5-Tage-Arbeitswoche?

Aus der Direktive des Staatssekretariats für das Hoch- und Fachschulwesen zur Durchführung der Verordnung über die 5-Tage-Arbeitswoche in jeder zweiten Woche und die Verkürzung der Arbeitszeit.

Die Arbeitszeitregelung bleibt unverändert für Hochschullehrer, Lektoren, Hochschulpartilehrer, ... Lehrer an medizinischen Schulen und die anderen Mitarbeiter, die gleichermaßen eine gesetzlich geregelte Pflichtstundenzahl an Lehrveranstaltungen zu leisten haben.

2. B. Lehrkräfte des Herder-Instituts (noch nicht endgültig geklärt) ist die Regelung für wissenschaftliche Mitarbeiter.

Für alle anderen Mitarbeiter gilt die 5-Tage-Arbeitswoche in jeder zweiten Woche und die 45-Stunden-Woche.

Die 5-Tage-Arbeitswoche in jeder zweiten Woche mit dem einheitlich arbeitsfreien Sonnabend ist für möglichst viele Mitarbeiter zu sichern.

antworten

post

Kollegin Henny Blünc, Sekretärin am Orientalischen Institut, in einem Brief an die Parteigruppe des Orientalischen Instituts:

Das 11. Plenum hat mich angeregt, auch meine Arbeit kritisch zu betrachten. Dabei stoße ich auf Mängel, die aber mit ein wenig Anstrengung abzustellen wären.

Folgendes habe ich mir jetzt vorgenommen, und ich bitte, mich beim Wort zu nehmen:

1. Bis Ende Februar will ich in meinen sämtlichen Ablagen Ordnung schaffen.

2. Ebenfalls bis Ende Februar will ich mit den Bücherbestellungen auf dem laufenden sein.

3. Bis Mitte März will ich alle noch nicht katalogisierten Bücher aufgenommen haben.

Erreichen will ich diese drei Ziele durch gewissenhaftere Einhaltung und intensivere Ausnutzung meiner Arbeitszeit. Ich muß gestehen, daß mir erst jetzt der Zusammenhang zwischen unserer Arbeit und der Rolle unseres Staates in der Welt richtig klarzuwerden beginnt. Diese Erkenntnis wird mich in die Lage versetzen, künftig meine Arbeit mit mehr Eifer zu verrichten.

Ich möchte damit auch den 20. Jahrestag der Gründung der SED ehren.



Mit Plakaten und Sprechchören protestieren am 5. Februar rund 2000 Westberliner, unter ihnen zahlreiche Studenten, gegen den schmutzigen Krieg der USA in Vietnam. Diese freie Meinungsäußerung nahmen die reaktionären Kräfte der Frontstadt zum Anlaß für eine großangelegte Attacke gegen die Reste demokratischer Freiheiten.

Foto: Zentralbild

Rektor Lieber auf gefährlichem Kurs

Nach bevor die Besetzungsmächte und der Senat von Westberlin den 1. Parteitag der SED Westberlin verboten, hatten Rektor Prof. Dr. Lieber und der Senat der „Freien Universität“ am Mittwoch voriger Woche Schritte unternommen, die gleichermäßen einen einschneidenden Abbau demokratischer Rechte bedeuteten. Offensichtlich aus Furcht vor den in letzter Zeit stark anwachsenden realpolitischen Strömungen unter den Studenten, die besonders in der Veranstaltung der USA-Aggression in Vietnam und in Bemühungen um eine sochliche Einschätzung der politischen Situation Westberlins ihren Ausdruck finden, wurden neue Richtlinien für die Vergabe von Hörsälen und anderen Räumen der Universität beschlossen, wonach diese ab sofort nicht mehr für politische Veranstaltungen – sowohl der Studentenverbände als auch des Allgemeinen Studentenausschusses (ASiA) – zur Verfügung gestellt werden dürfen.

Aus Protest gegen diese Beschränkung der Versammlungsfreiheit trat der ASiA am gleichen Tage geschlossen zurück. Er erklärte, unter diesen Umständen nicht seinen Auftrag erfüllen zu können, der ihm in der Satzung der Studentenschaft übertragen ist: „Der ASiA verpflichtet sich, dazu beizutragen, daß die Arbeit der studentischen Gemeinschaft in Forschung und Lehre fruchtbar werde und ihren Mitgliedern die Möglichkeit freier, umfassender Bildung erhalten bleibe.“ Gleichzeitig beschloßen die Studentenvertreter, Rechtsaufsichtsbeschwerden beim Senat für Wissenschaft und Kunst einzulegen. Während eine westdeutsche Zeitung von einem besseren Kontakt zwischen dem neugewählten ASiA-Vorsitzenden und dem Rektor der FU schwafelte, erklärte der erstere: „Ich sehe keine Möglichkeit, mein Amt anzutreten, wenn diese Beschlüsse des Senats beibehalten werden.“

In gleichem Sinne äußerte sich der Beauftragte des Akademischen Senats für die politische Bildungsarbeit, Prof. Dr. Kurt Sontheimer, Ordinarius für politische Wissenschaften: Der Senat habe mit den Richtlinien den politischen Bildungsauftrag der „Freien Universität“ verneint. Er kritisierte, daß er bei der Erörterung der Maßnahmen nicht gehört worden sei und kündigte an: „Sollten jedoch weder Erwägungen politischer Vernunft noch die angekündigte Rechtsaufsichtsbeschwerden zur Revision des Beschlusses führen, werde ich mein Amt zur Verfügung stellen!“ Inzwischen wird bekannt, daß Prof. Sontheimer bereits zwei Tage danach, am letzten Freitag, in einer eilig einberufenen Sondersitzung des Senats seines Amtes entbunden wurde. (Nebenbei sei angemerkt, daß das Habilitationsthema von Prof. Dr. Sontheimer, 1961: „Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik“.)

kommentare

Was wir schon gelegentlich der Reaktionstags auf die Vietnam-Demonstration der Berliner Studenten am 5. Februar äußerten (Lieber 7/66), bestätigt sich immer deutlicher: Lieber als Vollstrecker der reaktionärsten Kräfte der Stadt immer stärker auf einen Kurs ein, der er ihn weiter begehnen können, jegliche politische Regung unmöglich macht. Er findet sich in trauer Gesellschaft mit Innenminister Albratz und dem Abgeordnetenhaus: „Wörtlich erwähnt den Gebrauch des Gummiknüppels. Dabei er die Parlamentarier um Unterstützung, wie er sagte – in der Vergangenheit aus dem Abgeordnetenhaus mit Anfragen kritisch sätzen mit dem Knüppel geäußert hätte. Jedoch bis ja mehr für Wasser!“ betonte unter seiner Heiterkeit der Bürgermeister.“

Doch vergeblich versuchen die Albratz und die oppositionellen Studenten als eine Mischung von Radikalen, Extremisten und Kommunisten, dem Abgeordnetenhaus: „Wörtlich erwähnt den Gebrauch des Gummiknüppels. Dabei er die Parlamentarier um Unterstützung, wie er sagte – in der Vergangenheit aus dem Abgeordnetenhaus mit Anfragen kritisch sätzen mit dem Knüppel geäußert hätte. Jedoch bis ja mehr für Wasser!“ betonte unter seiner Heiterkeit der Bürgermeister.“

zitate

„Die Welt“, 5. 2. 1966

Das Gespräch zwischen den Vertretern des Wissenschaftsrates und dem Bundeskanzler über die Hochschulfinanzierung ist gescheitert. Natürlich herrschte – wie stets – Einmütigkeit darüber, daß man alles tun müsse und wolle, um den Universitäten zu helfen. Wir kennen diese berzliche Einmütigkeit. Wir haben auch oft genug wohlformulierte Versicherungen aus allerhöchsten Munde vernommen, demnächst wolle man die materielle Förderung von Forschung und Lehre ganz energisch verstärken. Aber im Grunde genommen war zu erwarten, daß dieses Gespräch negativ verlaufen werde.

Der springende Punkt ist der Bundeshaushalt dieses Jahres.

Die luxemburgische Stadt Echternach ist für ihre Springprozession berühmt. Auf dem Weg zum Grab des heiligen Willibrord springen die Teilnehmer drei oder fünf Schritte vor und einen oder drei Schritte zurück. Doch in diesem Fall kommt die Prozession, bleiben wir bei dem Vergleich, nach einem Sprung nach rückwärts zum Stehen.

Alle Beteiligten werden verurteilt: In der Zukunft soll alles besser werden...

„Wir fliegen 'raus!“

Verbot politischer Veranstaltungen an der FU

„Spandauer Volksblatt“, 18. 2. 1966

Künftig harter Polizei-Einsatz gegen alle wilden Demonstrationen

Die Modell-Verfassung der Freien Universität ist in Gefahr
Offener Streit zwischen Studenten und Senat

„Die Welt“, 18. 2. 1966

zitate

Leserzuschrift in der „Welt“, 17. 2.

... das eigentlich „empörende Spiel“, das sich unseren Augen offenbart, das keine unser vernünftige Politik ein kritisches Wort zur Politik der Vereinigten Staaten zu wagt. Während maßgebliche Politiker den Vereinigten Staaten selbst freundschaften Nationen sehr deutlich Ablehnung der amerikanischen Politik zum Ausdruck bringen, scheitern die Abgeordneten unseres Bundes ausnahmslos.

Die vorwurfsvolle Frage, warum Regierende Bürgermeister von Willy Brandt, nicht in einer großen Versammlung den Studenten der Freien Universität sagt, „wie die politischen Verhältnisse im Vietnam-Konflikt aussehen“, kann ich nur als naïv empfinden. Liegen denn die politischen Verhältnisse im Vietnam-Konflikt nicht schon seit Tagen, daß eine kurze Aufklärung zum jedem einleuchtend zu machen die Vereinigten Staaten das Recht zu Pflicht haben, mit allen Mitteln den Krieg zu führen?

erklärung

Unübertreffliche Friedenspolitik unserer Republik zur Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten, wie sie im jüngsten Sechspunkte-Vorschlag des Staatsratsvorsitzenden Walter Ulbricht erneut zum Ausdruck kommt.

Palacky-Universität begeht Doppel-Jubiläum

Unser Freundschaftspartner in Olomouc ist 400 Jahre alt und 20 Jahre jung

Am 21. Februar 1966 jährte sich zum 20. Male der Tag der Neugründung der Universität in Olomouc, und gleichzeitig fällt in das Jahr 1966 auch der 400. Jahrestag ihrer Entstehung.

Unsere Universität gehört zu den Institutionen, aus deren Schicksal man leicht die Richtung der geschichtlichen Entwicklung herauslesen kann. Sie entstand als zweitälteste Universität in den tschechischen Ländern aus einer 1366 gegründeten kirchlichen Lehranstalt. Fast 300 Jahre nach ihrer Gründung, im Jahre 1660, wurde sie aufgelöst – und erst durch ein Gesetz der volkdemokratischen Tschechoslowakei erneuert. Dieser historische Weg – einer Hochschule, die aus einer Lehrstätte des Jesuitenordens hervorgegangen war, durch fremdländische Willkür begraben und schließlich in der Zeit der nationalen Begeisterung und des Aufwachenstimmung nach der Befreiung von Faschismus erneuert wurde – sagt mehr als lange Abhandlungen. Dies ist ein reiches Kapitel aus der Vergangenheit einer Universität, einer Stadt und ganz Mittelmährens.

Gerade dieser umfassenden Bedeutung des Jubiläums der Palacky-Universität sollte man stets eingedenk sein.

Die Rückschau auf die historische Entwicklung und die hauptsächlichen Ergebnisse der Tätigkeit der Palacky-Universität aus Anlaß ihres Jahrestages wird mit dem Suchen nach neuen Wegen zur Lösung wichtiger Aufgaben der Gegenwart verbunden sein. Neben Problemen, die allen unseren Hochschulen gemeinsam sind, werden im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit auch Fragen stehen, die sich aus dem spezifischen Profil und der lokalen Mission der PU ergeben. Wenigstens einige davon seien hier vorläufig erwähnt.

Die Rückschau auf die historische Entwicklung und die hauptsächlichen Ergebnisse der Tätigkeit der Palacky-Universität aus Anlaß ihres Jahrestages wird mit dem Suchen nach neuen Wegen zur Lösung wichtiger Aufgaben der Gegenwart verbunden sein. Neben Problemen, die allen unseren Hochschulen gemeinsam sind, werden im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit auch Fragen stehen, die sich aus dem spezifischen Profil und der lokalen Mission der PU ergeben. Wenigstens einige davon seien hier vorläufig erwähnt.

Heute ist es schon unbestreitbar, daß die Palacky-Universität fest in den nordmährischen Bezirk hineingewachsen ist. In ihm hat sie ihr Hinterland, aus dem der größte Teil ihrer Studenten kommt, in ihm wirken auch die meisten ihrer Absolventen.

Die Universität ist bereits ein selbstverständlicher Bestandteil des kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Lebens des Olomoucer Raumes geworden. Der Lehrkörper der PU verknüpft seine Hauptaufgabe – die Ausbildung künftiger Lehrer und Ärzte – mit einer reichen Populärwissenschaftstätigkeit. Die nützliche Zusammenarbeit der Universität mit den allgemeinbildenden Mittelschulen, mit Einrichtungen des Gesundheitswesens und auch mit einigen Betrieben wird vertieft. In dieser Tradition wird die Universität fortfahren. Sie beabsichtigt freilich nicht, ihr Profil einseitig als das einer eng regionalen „provinziellen“ Universität auszuprägen. Der Jahrestag wird für die PU ein neuer Impuls dazu sein, in noch größerem Maße als bislang den Universitäten in unseren Hauptzentren ein gleichwertiger Partner zu sein. Das setzt vor allem das zielbewusste Bemühen um eine weitere Entfaltung der wissenschaftlichen Zusammenarbeit mit unseren und auch den ausländischen Universitäten voraus – einer Zusammenarbeit, die zur Entfaltung des sozialistischen Hochschulwesens im gesamtstaatlichen sowie internationalen Maßstab beitragen wird.

Den richtigen Weg weist hier die Freundschaft der Palacky-Universität der Karl-Marx-Universität in Leipzig. Einen guten Namen erwirbt die Olomoucer Universität dadurch, daß sie die Erziehungsbemühungen der großen Aufmerksamkeit zuwendet, da bei uns die erzieherische Arbeit der Jugend stark in den Vordergrund tritt. erlangt diese Orientierung der PU größere Bedeutung. Auch der Jahrestag wird uns jedoch nicht dazu verleiten, Augen vor Mängeln zu verschließen, wohl unsere Universität dank der operativen Arbeit des Lehrkörpers durch das Verdienst der verantwortlichen Führung durch die Palacky-Universität erreicht, bleibt immer eine wichtige Frage des Erziehungssystems ungelöst: das Problem der organischen Anwendung erzieherischer Aspekte in der Lehre, der systematischen Heranführung der Studenten an die große selbständige Arbeit der Erziehung des Anteils des CSM an der Heranführung eines sozialistischen Lebensstils der Schüler u. a.

anderswo

Dozent Dr. Ant. Valenta,
Rektor der Palacky-Universität
Übersetzung: B. Koenitz, Slavica
Institut